

und Minibusse Katalysatoren vorgeschrieben sind. Überlegungen sollen auch hinsichtlich der Einführung von gasbetriebenen Kfz bestehen, insbesondere für den öffentlichen Personentransport. (NfA, 15.7.97)

Beijing spielt bei der Durchsetzung neuer Emissionsbestimmungen für Fahrzeuge eine Vorreiterrolle. Seit dem 1.4.98 werden dort Fahrzeuge mit Strafen belegt, die den Höchstwert bei Auspuffgasen überschreiten. Den Fahrzeughaltern wird dann der Einbau von Katalysatoren vorgeschrieben. Geplant ist außerdem, daß die im Inland produzierten Fahrzeuge ab dem Jahr 2000 serienmäßig mit Katalysatoren ausgestattet sind. (NfA, 7.7.98) -schü-

---



---

## SVR Hongkong

---



---

### 24 Jiang Zemin findet Zustimmung in der Hongkonger Bevölkerung

Umfragen einer Forschergruppe an der University of Hong Kong zufolge hat sich die öffentliche Zustimmung zur Amtsführung des chinesischen Staatspräsidenten Jiang Zemin Ende Juni auf eine Quote von 66,7% erhöht. Ende Mai 1998 hatte die Zustimmung noch bei 62,4% gelegen. Im Juli 1995, als erstmals Umfragedaten zur Einschätzung Jangs in Hongkong erhoben wurden, hatte dieser nur einen Wert von 48% erreicht.

Der deutliche Popularitätszuwachs Jangs dürfte mit seiner aufgeschlossenen Haltung während des chinesisch-amerikanischen Gipfeltreffens sowie mit seinem volksnahen Auftreten beim jüngsten Hongkong-Besuch anlässlich des ersten Jahrestages des Souveränitätswechsels in Verbindung stehen.

Jiang ist den Umfragedaten zufolge der drittpopulärste Politiker der VR China in Hongkong – nach Ministerpräsident Zhu Rongji (71% Zustimmung) und dem 1989 abgesetzten ehemaligen KP-Generalsekretär Zhao Ziyang (67%). Der Regierungschef der SVR Hongkong, Tung Chee-hwa, kam Ende Juni nur auf eine Zustimmung von 55,5% unter den Befragten. (SCMP, 4.7.1998) -hei-

### 25 Proteste gegen die Behandlung der in Indonesien lebenden Auslandschinesen

Mehr als 2.000 Demonstranten haben an drei aufeinanderfolgenden Tagen (24.-26. Juli) vor dem indonesischen Generalkonsulat gegen die gewaltsamen Übergriffe protestiert, denen in Indonesien lebende Chinesen in diesem Jahr ausgesetzt waren. Sie forderten von der indonesischen Regierung eine Beendigung der Gewaltakte und eine strenge Bestrafung der Täter. Der indonesische Generalkonsul nahm eine Petition entgegen, in der scharfe Kritik am mangelnden Schutz der chinesischen Minderheit durch die indonesische Regierung geübt wurde. Die Hongkonger Regierung wurde aufgefordert, das Aufenthaltsrecht für aus Indonesien geflohene Auslandschinesen über den üblichen Zeitraum (14 Tage) hinaus zu verlängern.

In Indonesien war es im Mai während schwerer innerer Unruhen zu Mißhandlungen, Vergewaltigungen und Morden an Mitgliedern der chinesischen Minderheit gekommen. Zahllose Geschäfte und Wohnhäuser ethnischer Chinesen wurden geplündert und zerstört.

Die Hongkonger Demonstrationen waren von der Demokratischen Allianz für ein Besseres Hongkong (DAB, einer Beijing-freundlichen Partei) und vom Hauptverband der Hongkonger Überseechinesen organisiert worden. Auch die Beijing-kritische Demokratische Partei hielt eine Mahnwache aus Anlaß der ethnischen Ausschreitungen in Indonesien ab. (SCMP, 27.7.1998) -hei-

### 26 Antrag auf beschleunigte Demokratisierung scheitert in der Legislative

Im Juli kam es in der Legislativversammlung zu Abstimmungsniederlagen für die regierungskritischen Parteien, die aus der Wahl im Mai zwar mit den meisten Stimmen hervorgegangen waren, aufgrund des verzerrten Wahlrechts aber nur eine Minderheit der Sitze in der Legislative erringen konnten (siehe ausführlich C.a. 1998/5):

- Als neue Präsidentin der Legislative wurde mit 36 von 24 Stimmen Rita Fan gewählt, die bereits der politisch umstrittenen

Provisorischen Legislative nach dem 1. Juli 1997 vorgestanden hatte. Frau Fan wurde bei ihrer Wahl von der Liberalen Partei und der Demokratischen Allianz für ein Besseres Hongkong (DAB) unterstützt. Ihr Gegenkandidat, Andrew Wong, hatte als Präsident des 1995 gewählten Legislativrats fungiert, der mit dem Souveränitätswechsel aufgelöst worden war. Wong wurde von den Demokratischen Parteien und anderen Beijing-kritischen Kräften unterstützt. (RTHK Radio 3, Hongkong, nach SWB, 3.7.1998)

- Ein aus der Demokratischen Partei hervorgegangener Antrag, der allgemeine direkte Wahlen der Legislative im Jahre 2000 und des Regierungschefs im Jahre 2002 vorsah, wurde in getrennten Abstimmungen, wie sie das *Basic Law* vorsieht, abgelehnt: Unter den 30 Mitgliedern der Legislative, die in geographischen Wahlkreisen (20) bzw. von einem Wahlauschuß (10) gewählt worden waren, stimmten 15 für den Antrag, 14 dagegen, Rita Fan enthielt sich der Stimme. Damit verfehlte der Antrag die Mehrheit der anwesenden Mitglieder und wurde abgelehnt. Unter den 30 Mitgliedern der Legislative, die von Wahlkollegien bestimmt worden waren, stimmten nur fünf für den Antrag, 20 dagegen, fünf weitere waren nicht anwesend. (AWSJ und SCMP, 16.7.1998) Eine von Beijing kontrollierte Hongkonger Zeitung warf der Demokratischen Partei vor, mit dem Antrag auf eine vorgeblich zu beschleunigende Demokratisierung in Wahrheit die Aushebelung der im *Basic Law* festgelegten Verfassungs- und Wahlordnung zu betreiben. (*Ta Kung Pao*, 16.7.1998, nach SWB, 18.7.1998)
- Auch ein Antrag, in dem eine verstärkte Unterstützung der Regierung für die wachsende Zahl der Arbeitslosen gefordert wurde, scheiterte an der fehlenden Mehrheit unter den 30 Mitgliedern der Legislative, die von Wahlkollegien bestimmt worden waren. Bemerkenswert ist, daß die DAB in dieser Abstimmung

mit der Demokratischen Partei stimmte. In sozialpolitischen Fragen sind die Fronten in der neu gewählten Legislative also keineswegs verhärtet. (SCMP, 9.7.1998)

Diese Abstimmungen bildeten Testfälle für die Mehrheitsverhältnisse in der Legislative und für das Verhältnis zur SVR-Regierung: Die im *Basic Law* festgelegten Abstimmungsverfahren verhindern – ganz im Sinne Beijings –, daß regierungskritische Gruppierungen, die vornehmlich aus Wahlen in den geographischen Wahlkreisen hervorgegangen sind, mit ihren Anträgen und Resolutionen eine Mehrheit in der Legislative finden können. -hei-

---

## Macau

---

### 27 Immer noch keine Einigung zwischen Beijing und Lissabon in den bestehenden wichtigen Fragen über die Übergabe von Macau

Vom 30. Juni bis 2. Juli hielt die Sino-Portugiesische Gemeinsame Liaisongruppe für die Rückgabe Macaus (am 20. Dezember 1999) an China ihre 30. Plenarsitzung in Macau ab. Im von beiden Seiten veröffentlichten Pressecommuniqué heißt es, daß die Atmosphäre der dreitägigen Sitzung „freundlich und kooperativ“ gewesen sei. Drei Resümees von Übereinkommen wurden unterzeichnet. Dabei handelt es sich um die Errichtung einer portugiesischen Schule in Macau, um die Form von Dokumenten für die Auslieferung von verurteilten Verbrechern und um eine Schiedsregelung für auswärtige Geschäfte.

Doch in den wichtigen und komplizierten Fragen über „Lokalisierung“ (d.h. Entkolonialisierung) der führenden Beamtschaft, „Lokalisierung“ und Übersetzung der Gesetze aus dem Portugiesischen ins Chinesische und Verwendung des Chinesischen als Amtssprache vor der Rückgabe der portugiesischen Enklave ist nur von einer Vereinbarung über die Fortsetzung der Verhandlungen die Rede. Darüber hinaus haben beide Seiten ebenfalls keinen Fortschritt hinsichtlich der Übergabe von Archiven und

der Lösung der Nationalitätsfrage erzielt. Wörtlich heißt es, daß man übereingekommen sei, die Konsultationen darüber zu verstärken.

Zur Diskussion haben beide Seiten noch einige neue Themen auf die Tagesordnung der Gemeinsamen Liaisongruppe gesetzt, wie z.B. die Zeremonie des Souveränitätswechsels, den künftigen Status der portugiesischen Sprache, Chinas Beteiligung an der Ausarbeitung des Budgets von Macau für die Jahre 1990-2000, die präzise Formulierung des Aufenthaltsrechts für die Einwohner Macaus nach der Wende, die Reform des Justizsystems sowie die Ausgabe von neuen Briefmarken (also Abschaffung der kolonialen Symbole Portugals) noch vor der Wende. Die portugiesische Seite besteht auf der Beibehaltung des Portugiesischen neben dem Chinesischen als Amtssprache in Macau nach 1999. Hingegen betrachten dies die Chinesen als ihre innere Angelegenheit und wollen außer den Regelungen in der Sino-Portugiesischen Gemeinsamen Erklärung von 1987 über die Zukunft Macaus und dem im vom chinesischen Nationalen Volkskongreß (Parlament) 1993 verabschiedeten Grundgesetz für Macau als Sonderverwaltungsregion Chinas nach dem Souveränitätswechsel keine neuen Verpflichtungen eingehen. In den beiden genannten Dokumenten heißt es lediglich, daß neben dem Chinesischen auch das Portugiesische in den Regierungs-, Gesetzgebungs- und Justizorganen offiziell benutzt werden dürfe bzw. könne.

Das am 5. Mai d.J. gegründete chinesische Vorbereitungskomitee für die Rücknahme von Macau mahnte im Pressecommuniqué anlässlich seiner 2. Plenarsitzung vom 10. bis 12. Juli in Beijing die Portugiesen, die folgenden Schritte zu beschleunigen: Einstellung Einheimischer im öffentlichen Dienst, gemeinsamen Entwurf des Haushalts von Macau für das Jahr 2000, Verbesserung der sozialen Sicherheit, Regelungen zur Verwendung von Briefmarken in der letzten Phase vor dem Souveränitätswechsel sowie Neufestlegung der gesetzlichen Feiertage zwischen dem 20. und 31. Dezember 1999 angesichts des heranrückenden Souveränitätswechsels.

Wenig Schwierigkeiten sehen beide Seiten in der Frage über die Fortsetzung von Anwendungen der betreffenden internationalen Konventionen auf

Macau. Die Gemeinsame Liaisongruppe wies in ihrem o.g. Pressecommuniqué darauf hin, daß die Fortdauer von 40 Verträgen nach dem Souveränitätswechsel bereits geklärt worden sei. Eingeschlossen seien dabei die Bereiche Grundrecht, Arbeit, internationale private Rechte, Luftfahrt, Kultur, Tourismus, Gesundheit, Schifffahrt, Zoll, Bankenwesen sowie Wissenschaft und Technologie. (XNA, 3. und 13.7.98; SWB, 7. und 10.7.98) -ni-

### 28 Konzertierte Aktion der Polizei von Guangdong, Hongkong und Macau gegen die Triaden

Nach Meldungen der chinesischsprachigen Tageszeitung Hongkongs *Ping Kuo Jih Pao (Pinguo Ribao)* vom 26. Juli (nach SWB, 31. Juli und 1. August) haben die Polizeikräfte der chinesischen Provinz Guangdong, der Sonderverwaltungsregion Hongkong und der portugiesischen Enklave Macau eine konzertierte Aktion, „S-Plan“ genannt, gegen die Triaden-Unterweltorganisationen Macaus unternommen. Wie in C.a. (1997/10, Ü 30, 1998/3, Ü 41 und 1998/5, Ü 29) berichtet, brachen unter verschiedenen Banden 1996 und 1997 blutige Kämpfe aus (bereits rund 20 Todesopfer), um Einfluß auf die lukrativen Spielkasinoschäfte zu gewinnen. Es wurden auch mehrere Sicherheitsbeamte erschossen, nachdem die Polizei zur Wiederherstellung der Ordnung intensiv eingegriffen hatte. Am 1. Mai explodierte der Wagen des Polizeichefs Antonio Marques Baptista durch eine Bombe. Kurz darauf wurde der Boss der Triade 14K, Wan Kuok-koi (43), mit dem berüchtigten Spitznamen „Bruchzahn-Pferd“ (*Bennyaju*) verhaftet. In der Nacht zum 8. Mai, nachdem Anklage gegen Wan vor Gericht erhoben worden war, ereigneten sich 24 Bombenexplosionsfälle. Am darauffolgenden Tag wurden zwei Brandbomben vor das Hauptquartier der Sonderpolizeitruppe geworfen. Am 11. und 14. Mai wurden noch weitere Explosionen gemeldet.

In den letzten zwei Monaten gab es den o.g. Meldungen der *Ping Kuo Jih Pao* vom 26. Juli zufolge außerdem zehn Entführungsfälle in Macau. Unter den Gekidnappten waren auch zwei Politiker (Namen nicht erwähnt) – beide sind Abgeordnete im Legis-